



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wütschke: Amerikanische und englische Weltmachtfragen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Amerikanische und englische Weltmachtfragen

Von Dr. Wütschke



seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Krieg scheint die angelsächsische Rasse zu triumphieren. Die östliche Welthälfte, insonderheit Afrika, der wertvollste Teil Asiens und das australische Festland, scheint der Ausbeutung britischer Machtgelüste vorbehalten zu sein, das gesamte amerikanische Festland dagegen hofft die Union auf Grund des Satzes „Amerika den Amerikanern“, wobei sie unter Amerikanern in egoistischer Auslegung der Monroelehre nur ihre eigenen Staatsbürger meint, allmählich in ihren Bann zu ziehen. Der verheißungsvolle Anfang ist ja von ihr bereits mit der Hineinzerrung der mittelamerikanischen Staaten und Brasiliens, Bolivias, Uruguays u. a. in den Krieg gemacht. Und es mag immerhin zweifelhaft sein, ob so selbständig sich entwickelnde südamerikanische Staatswesen wie Argentinien und Chile sich trotz ihres gegenwärtigen Sträubens einem starken Druck des jetzt in vollster Siegesbahn vorwärtstürmenden Panamerikanismus werden erwehren können.

Vollzöge sich eine solche Aufteilung der Welt unter den beiden Vertretern der angelsächsischen Rasse, so dürften auch diejenigen Mächte, die heute glauben, bei ihnen die stärkste Unterstützung ihrer eigenen Machtwünsche zu finden, eine bittere Enttäuschung erfahren. Oder glaubt Frankreich, dem nach mehr als dreijährigem gewaltigen Blutverlust kaum wieder eine gleiche weltpolitische Stellung ersten Ranges zufallen dürfte, ernstlich, mit seinem umfangreichen, aber durch den wüstenhaften Charakter stark entwerteten afrikanischen Kolonialreiche — von dem anderen Besitz ist ganz zu schweigen — eine auch nur annähernd gleichstarke Weltstellung sich zu sichern, wie sie England im gleichen Erdteil besitzt, selbst wenn ihm noch großmütig dieser oder jener Brocken deutscher Kolonien zugeworfen würde? Oder glaubt Italien mit Lybien und Bruchstücken Kleinasiens im Ernst eine Mittelmeer-macht zu sein, solange England vor seinen Toren Malta und Gibraltar, Cypern und Ägypten besitzt? Könnte wirklich Rußland über allen Zweifel erhaben die Öffnung eines vollwertigen Weges von seinen Küsten oder über seine randlichen Nachbargebiete ins freie Weltmeer erhoffen, solange England die Nordsee, das Mittelmeer und den Persischen Golf beherrscht und sein gelber böser Geist vor der russischen Osttür drohend steht? Und glaubt endlich Japan auch nur im geringsten Englands Unterstützung zu finden, wenn es etwa über Ostasiens nachbarliche Küsten südwärts zum Äquator in die australische Inselstrecke oder gar gegen das Sündator des allbritischen Meeres, des Indischen Ozeans, vorzustößen beehrte?

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen: die Erfüllung der gegenwärtig von allen Ententemächten in die Welt hinausgeschrienen Wünsche nach Zerschmetterung

der Mittelmächte und damit nach „Befreiung“ der Welt würde in Wahrheit nur der angelsächsischen Rasse, England und der Union, die Welt ausliefern. Alle übrigen Großmächte wären nur zwangsweise angeworbene und durch politischen und finanziellen Zwang dauernd gebundene Mitläufer, um nicht zu sagen Sklaven englisch-amerikanischer Weltpolitik.

Die Frage ist nur die, ob die Welt für ein Nebeneinander so weitausgreifender Weltmachtspäne, wie sie die alte Ostweltmacht und die junge Westweltmacht verkünden, groß genug ist und ob nicht bereits heute zwischen beiden Reibungsflächen bestehen, die niemals zu beseitigen sind, wenn nicht die eine Macht der anderen in rassistischer Liebe einen vollen Verzicht auf weltpolitischen Machtanteil in den von beiden umworbenen Gebieten gewährt. Aber solche Gefühle haben noch niemals auch nur im geringsten die Politik eines Staates bestimmt. Sie werden es erst recht nicht tun, wo es sich in Zukunft um Probleme handelt, die ganze Erdteile und Ozeane umspannen!

Die Entwicklung der imperialistischen Politik beider Staaten hat gezeigt, daß der jüngere, die amerikanische Bundesrepublik, in Gebiete eingreifen mußte, die der ältere, das britische Königreich, bereits z. T. seit Jahrhunderten als Wirkungsstätte besaß. Als die Union ihrer bereits Ende der neunziger Jahre unter Mac Kinley (1897—1901) mit der Neuregelung der Zollfragen, mit der Forderung der „offenen Tür“ in China und mit dem Venezuelastreit bewußt eingeleiteten Ausdehnungspolitik um die Jahrhundertwende durch den gewaltsam heraufbeschworenen spanisch-amerikanischen Krieg offenen Ausdruck verlieh und sowohl im westatlantischen Mittelmeer der Antillen, als auch im Großen Ozean nahe vor den australischen und asiatischen Toren des britischen Machtbereiches festen Fuß faßte, hatte England in beiden Gebieten die bisher ausschlaggebende politische Machtstellung beansprucht. Jetzt trat England gegenüber ein Mitbewerber auf, der in beiden Weltteilen den außerordentlichen Vorzug der nahen geographischen Lage seiner militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen genoß und der, wie die gleichzeitige Wiederaufnahme des mittelamerikanischen Kanalbaus und die Verstärkung seiner Flotte bezeugt, gesonnen war, in jeder Weise seine neuerrungene Stellung in den seine Küsten umspülenden Ozeanen zu verteidigen. Bei der vor dem Kriege bestehenden, im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts durch den russisch-japanischen Krieg geschaffenen Weltlage hat der neue Panamakanal mit Recht als ein wesentliches Verteidigungsmittel der Union in dem besonderen Fall eines japanischen Angriffes gegolten; aber sein Bau wäre auch ohne diese plötzlich und unerwartet von den Gegengestaden des Großen Ozeans auf die Union zielende, wirtschaftlich und militärisch gleich drohende Gefahr eine unbedingte Notwendigkeit und Voraussetzung jeder amerikanischen Ausdehnungspolitik, gleichgültig, ob ihr von vornherein ein Gegner droht oder nicht.

Zweifellos liegen zur Beurteilung des politischen Verhältnisses der Union und Englands die Dinge im Großen Ozean insofern schwieriger als im Antillenmeer, weil dort das imperialistische Machtprogramm Japans als dritter pazifischer Macht verwickelte weltpolitische Machtfragen aufrollt, die England und die Vereinigten Staaten in gleicher Weise berühren. Dort besteht also zwischen beiden eine gewisse Interessengemeinschaft gegen eine allzu stark über die engeren Grenzen der ostasiatischen Inselwelt hinausgreifende Macht des Mikadoreiches, im Antillen-

meer und an den umgrenzenden Festlandsküsten dagegen stoßen beide Mächte zusammen, weil dort eine dritte Macht fehlt, die, wie Japan im Großen Ozean, zu einer gemeinschaftlichen oder doch mindestens zu einer sich gegenseitig freundlich beurteilenden Stellungnahme in politischen Fragen zwingen könnte. Dazu kommt, daß das Antillenmeer vermöge seiner Lage weit mehr die Machtbegehrlichkeit und Eiferjucht der älteren angelsächsischen Schwestermacht auf die jüngere erregen mußte, als der weit vom britischen Mutterlande abgelegene und dem Weltverkehr noch wenig erschlossene Große Ozean.

Von englischer Seite aus betrachtet, verlangt also das Amerikaproblem insofern eine sehr vorsichtige Beurteilung und eine einsichtsvolle Behandlung, als einerseits die nicht nur auf Japans wirtschaftlicher Ausdehnung, sondern auch auf dem natürlichen Rassen Gegensatz der weißen zur gelben Rasse fußende Gegnerschaft England im Großen Ozean zu einem engeren Zusammengehen mit der Union zwingt, andererseits aber im Atlantischen Ozean die hauptsächlich nach Osten, nach Europa, und Süden, nach Südamerika ausstrahlenden wirtschaftlichen Kraftlinien der Union als Vorläufer politischer Kraftlinien die englischen Absichten und Ziele wirtschaftlicher und politischer Art durchkreuzen und zu englischer Gegnerschaft herausfordern müssen.

Zu diesen beiden, wenn ich mich so ausdrücken darf, ozeanischen Reibungsflächen, die das politische Machtproblem auf den Ozean, seine Inselwelt und seine wirtschaftlich bedeutsamsten Randländer verlegen, tritt an der langen, die ganze Erdteilbreite durchmessenden Grenze des britischen Tochterlandes Kanada zur Union eine dritte, festländische, die das Machtproblem auch auf das Festland hinüberspielt, oder anders ausgedrückt: die weltpolitischen Machtfragen, an denen beide Staaten beteiligt sind, beruhen im Großen und Atlantischen Ozean auf dem Verhältnis der Stärke der britischen und amerikanischen überseeischen Handelsbeziehungen und ihres dadurch bedingten Seeschutzes, auf dem Festland aber mehr auf einem gegenseitig engen, nachbarlichen, jeder natürlichen Schranke entbehrenden Wirtschaftsverhältnis. Der Unterschied ist nur der, daß die ozeanischen Reibungsflächen unmittelbar zwischen den beiden Mächten bestehen, während die festländische erst durch das Medium einer bereits recht selbstherrlich sich gebärdenden Kolonie mit England in Berührung steht. Ein unmittelbares Eingreifen Englands zum Ausgleich politischer und wirtschaftlicher Reibungen ist an dieser Stelle ausgeschlossen.

Die Schwierigkeit des kanadischen Problems für England liegt also darin, daß das Verhältnis des Tochterlandes zum Mutterland und umgekehrt eine durchaus nicht unwesentliche Rolle spielt. Je enger die wirtschaftliche Abhängigkeit der beiden nachbarlichen Staatswesen wird und je größer der Nutzen sich gestaltet, den das noch unentwickeltere Kanada aus diesem nachbarlichen Verhältnis zieht, um so mehr muß sich natürlicherweise Kanada für berechtigt halten, seine Interessen selbständig zu wahren und sich jeder Bevormundung zu erwehren, die versuchte oder auch nur den Anschein erweckte, in die ureigensten Angelegenheiten des Landes einzugreifen. Das Mutterland hinwiederum aber muß, will es seine Pläne eines weltumspannenden Greater Britain aufrechterhalten, sich in einer Form das unbedingte Recht des Mitredens in die politischen Angelegenheiten Kanadas wahren. Daraus entspringt naturgemäß ein unvermeidbarer,

zurzeit notdürftig beigelegter Konflikt, der wiederum nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis Englands zur Union bleiben kann.

Die pazifischen Machtsfragen werden ihre künftige Lösung durch die Weltkolonialmacht England und die beiden Gestadmächte Japan und Vereinigte Staaten allein finden. Zur Klärung ihres gegenwärtigen Verhältnisses und ihrer zukünftig erstrebten Machtkräfte seien einige Erwägungen vorausgeschickt.

Im Laufe der politischen Entwicklung der drei pazifischen Mächte haben sich gewisse Kräfterlinien geformt, die sich gegenseitig schneiden und durchdringen und daher zu Reibungen führen. Auf die ältesten, die britischen, stoßen die jüngeren, die unionistischen und japanischen. Deren starke Entwicklung seit Beginn des neuen Jahrhunderts mußte naturgemäß eine Verstärkung und einen weiteren Ausbau der älteren britischen bedingen.

Die Hauptstützpunkte der britischen Kraftlinien an der Küstenumrandung des Großen Ozeans sind Kanada und Australien. Aber sie liegen diagonal zueinander, getrennt durch die ungeheure Weite des größten Weltmeeres zwischen drei Erdteilen. Nur kleine Inseln und Inselgruppen, die zumeist nur den Südtteil in größerer Schar erfüllen, sind die Bindeglieder zwischen den fernen Gestaden des Weltmeeres. Ihre Lage zu der natürlichen Hauptrichtung der Kraftlinie und ihre natürliche Geeignetheit als Hafenzuflucht bestimmt ihren Wert. Solange der Panamakanal der großen Schifffahrt nicht geöffnet ist, bewegt sich der pazifische Weltverkehr in der Hauptsache auf drei Bahnen: zunächst in der breiten Richtung vom asiatischen Ostgestade zur nordamerikanischen Westküste und umgekehrt, dann diagonal von Südostaustralien ebendahin und im entgegengesetzten Sinne, endlich im Wechsel zwischen Ostasien und Südostaustralien. Dem Weg um Südamerika nach Ostasien oder Australien kommt nur sehr untergeordnete Bedeutung zu. Die Durchstechung der mittelamerikanischen Landenge fügt diesem Netz die Verbindung Panama-Australien und Panama-Ostasien ein. Der günstigsten Lage von allen Inseln erfreut sich zweifellos die Hawaigruppe, weil sie mitten im Weltmeere die gleichmäßig küstenfernste ist, die mit der Gunst der Lage Vorzüge ihrer Häfen vereint. Sie wäre die beste Stütze fast in der Mitte der diagonalen pazifischen Kraftlinie von Australien nach Kanada und der zunächst noch nicht bestehenden von Westindien durch den Panamakanal nach Ostindien-Hongkong gewesen, ging aber an die Union über, ehe England Zeit und Gelegenheit fand, ihr mit der Besetzung dieser verkehrspolitisch wichtigsten Inselgruppe des ganzen Ozeans zuvorzukommen. So blieb England außer kleinen Inseln nur die Pitigruppe innerhalb der Inselkette, die bei ihrer Besetzung 1874 auch von vornherein als Stützpunkt der kanadisch-australischen Kraftlinie nach Eröffnung der ersten kanadischen Überlandbahn (1869) außersehen war. England wird auch vor dem Panamakanal auf der pazifischen Seite der nahen Beobachtungsposten entbehren, die ihm ein gütiges Geschick vor der atlantischen Mündung beschert hat; denn sowohl die Revilla-Gigedo- wie die Galapagosinseln stehen bereits stark unter amerikanischem Einfluß.

Zu der diagonalen pazifischen Hauptkraftlinie treten zwei randliche. Die eine ist die hinterindisch-ostasiatische mit den Haltepunkten Singapur—Hongkong als letzte Ausstrahlung der starken europäisch-indischen Kraftlinie, die sich im Indischen Ozean so reich verzweigt. Eine Zwischenstütze fehlt ihr so gut wie

ganz, da das nordwestliche Borneo nicht als vollwertiger politischer Stützpunkt angesehen werden kann. Die zweite randliche, noch nicht ausgebildete, aber in ihren Posten angedeutete Linie, ist die australisch-ostindische in mehrfacher Verästelung an der stark zergliederten Ostseite Australiens und der alten Welt, ebenfalls auf Hongkong—Ostasien gerichtet. Eine weitere Kraftlinie Hongkong—Kanada würde entstehen, wenn ihr die Möglichkeit einer Mittelstütze gegeben wäre. Sie fehlt ihr aber ebenso wie einer etwa in Zukunft von England ersehnten Linie von Westindien über Panama nach Ostindien und Ostasien, weil auf ihr die einzige, der Lage nach mögliche Zwischenstütze der Hawaiiinseln voraussichtlich niemals zugänglich ist, solange die Union ihre pazifische Machtstellung nicht aufgibt.

Die pazifische Hauptstoßlinie der Vereinigten Staaten durchquert den Ozean etwa in der Breite seiner nördlichsten Inselkuren. Ihr Endziel Ostasien, im besonderen China, für dessen offene Tür die Union stets eingetreten ist, wird über die Zwischenstützen der Hawaiiinseln, der Marianeninsel Guam und der Philippinen erreicht. Die außerordentlich bedeutungsvolle Lage der Hawaiiinseln im Schnittpunkte aller den Großen Ozean querenden politischen Kraft- und Stoßlinien, erhält ein amtliches Zeugnis durch die Eingliederung der Gilande in den bundesstaatlichen Verband der Union, eine Gunst, die kein außerhalb des amerikanischen Festlandes gelegenes Glied der Bundesrepublik teilt. Von der Hauptstoßlinie zweigt ein Seitenarm in eben diesem Knotenpunkt ab bis zu den Samoainseln, aber bestimmte politische Ziele sind zunächst nicht mit ihm erkennbar verknüpft. Wie weit das bei einer dritten pazifischen Linie der Union der Fall ist, entzieht sich bei der Unbestimmtheit und Unklarheit der bisherigen Meldungen noch jeder Kenntnis. Die Nachricht, die den Vorschlag der Vereinigten Staaten an die russische Regierung jüngst verzeichnet, die Halbinsel Kamtschatka zu kaufen, würde, wenn sie auf Wahrheit beruhte, nur bedeuten, daß die Union in richtiger Erkenntnis der politischen Verhältnisse im nördlichen Großen Ozean bestrebt ist, ihre bereits über den Prinz von Wales-Archipel, über Alaska und die Aleuten an das asiatische Festland herangeführte nordpazifische Kraftlinie auf dem Festlande Asiens selbst zu verankern.

Die japanischen Stoßlinien endlich finden, soweit sie von dem Inselreich sich seewärts richten und nicht auf das mandchurische oder chinesische Festlandsgebiet zielen, ihre geographische Grundlage in dem Inselkranz, der als Nest des äußersten ostasiatischen Bruchrandes von den Fluten des Ozeans umspült wird, in den Kurilen beginnend über die japanischen Hauptinseln und die Liu-kiu-Inseln bis Formosa. Die natürliche südliche Fortsetzung der Inselbögen, die Philippinen, zeigt zugleich die Richtung der japanischen Hauptstoßlinie in die ostindische Inselwelt. Die auf einer von den japanischen Kerninseln südwärts gerichteten Bruchlinie aufgetürmten vulkanischen Bonininseln deuten eine zunächst mehr problematische, als wirkliche Stoßlinie mit der Hauptrichtung Neuguinea und den letzten Zielen Ostaustralien und Neuseeland an. In Erscheinung tritt aber bereits eine dritte, die, obgleich ihr alle festen Stützpunkte fehlen, als eine der von Japan begehrenswertesten und zielbewusstesten anzusehen ist, nämlich die über die Weite des Ozeans nach dem amerikanischen Festland weisende, an dessen Westküste sie Mittelamerika besonders erstrebt, ohne doch Nordamerika bis Alaska und Südamerika bis Chile zu vernachlässigen.

Ein Vergleich der Stoß- und Kraftlinien der beiden angelsächsischen Schwesternmächte zeigt, daß sie sich an dem Hauptzentrum der Hawaiiinseln schneiden und gemeinsam in Gebiete eingreifen, die beide als politisches und wirtschaftliches Neu-land betrachten. Auf die Machtkräfte beider aber stoßen die japanischen: auf die englischen vor allem an der Küste Ostasiens, wo diese von Hinterindien und Malakka zu Land und zu Wasser nach Norden drängen, und in der asiatisch-australischen Inselwelt, auf die amerikanischen in gleicher Richtung und besonders in der Richtung auf Hawai und das amerikanische Festland. Wo alle drei Kräfte-linien sich kreuzen, im Gebiet der Philippinen und Sundainseln einerseits, in der Hawaii-Gruppe andererseits liegen die Brennpunkte der politischen Machtfragen im Bereiche des Großen Ozeans.

Der erste, dem Festland Ostasiens nahe gelegene, muß von England, der zweite, insulare, von der Union als der für ihre pazifischen Wünsche wichtigste angesehen werden. Japans Begehren nach beiden Brennpunkten bindet die beiden angelsächsischen Mächte zu gemeinsamem Handeln. In England gab man sich ja schon vor dem Kriege längst keiner Täuschung mehr hin, daß die ostasiatische Inselmacht sich die Vormacht Ostasiens zu sichern bestrebt ist. Die Bindung und Verwicklung Englands durch westlichere Machtfragen und innerpolitische Probleme hat das äußerlich vertraglich freundschaftliche Verhältnis in Wirklichkeit während des Krieges erheblich verschärft. Die japanischen Ausdehnungsgelüste nach Indien, nach den Philippinen und Sundainseln, nach den besetzten deutschen Kolonien, ja selbst nach Neuguinea und Australien, sind seitdem offener denn je zutage getreten, wenn auch die näheren Vorgänge in dieser ostasiatischen Gefahrenzone des britischen Weltreiches für uns in Dunkel gehüllt sind, seit der Krieg die Verbindungen unterbrochen oder sie doch einseitig unter englische Beaufsichtigung gestellt hat. Die Entwicklung der ostasiatischen Frage während des Krieges in einer für Japan durchaus günstigen und von ihm erwarteten Richtung läßt den Schluß zu, daß der Gegensatz zwischen den beiden Inselreichen sich nur noch verschärfen wird, zumal die Entscheidung über den endgültigen Besitz der von Japan besetzten deutschen Marianen und Karolinen England vor eine neue schwierige Aufgabe stellen würde; verbleiben sie Japan, so bilden sie weit südwärts vorgeschobene Posten, deren Verbindung mit dem Mutterland über die bereits 1911 in einen trefflichen Stützpunkt der japanischen Kriegsflotte umgewandelten Bonininseln erreicht ist. Japan schiebt sich dann nicht nur mit starken Wachtposten zwischen Philippinen und die Hawaiiinseln, damit einen neuen Streitfall mit der Union beginnend, sondern es gibt seinen heißen Wünschen nach Neuguinea, Australien und Neuseeland die festen strategischen Stützen\*).

Die südwärts gerichteten, mit japanischer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit erstrebten Wünsche finden gleichzeitig in den Vereinigten Staaten einen zweiten Widerstand; ein Grund wurde bereits eben angedeutet. Aber es ist kennzeichnend, daß die Union viel weniger scharf ihren Einspruch gegen die japanische Begehrlichkeit geltend macht als England. In Amerika sind die Stimmen über den Wert

\*) In diesem Zusammenhang erscheint die Frage der Erwähnung wert, ob nicht unser Verzicht auf die wirtschaftlich keineswegs für uns notwendigen Karolinen und Marianen zugunsten Japans, mit dem uns eine tiefere Feindschaft nicht verbindet, im Hinblick auf unsere ostasiatische Zukunft von Vorteil wäre.

der Philippinen noch immer sehr geteilt. Kommt man dort nochmals auf den Plan von 1907 zurück, auf die Inseln wieder zu verzichten, so hat das auch für England naturgemäß sehr große politische Bedenken; denn niemand gibt sich dort der geringsten Täuschung hin, daß dann Japan die Inseln ganz gewiß keiner zweiten Macht in die Hände fallen lassen wird. Sie würden aber im gleichen Augenblick für England den hohen Wert verlieren, den sie jetzt als Bollwerk gegen einen japanischen Vorstoß nach der Ostindienstraße besitzen, da Japan schwerlich seine Wünsche nach Niederländisch-Indien in die Tat umzusetzen versuchen wird, solange es die Philippinen als drohende Rückenperre hinter sich weiß. Englands Interesse in Ostasien verlangt unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein engstes Zusammengehen mit der Union, die Erhaltung der Philippinen als amerikanische Besitzung und die Nichtbesetzung der eroberten deutschen Kolonien durch Japaner.

Anderer liegen die Dinge am zweiten pazifischen Brennpunkt der weltpolitischen Kraftlinien. An eine Aufgabe der Hawaiiinsel denkt niemand in den Vereinigten Staaten. Aber gerade sie sind infolge des fortgesetzten japanischen Dranges nach der amerikanischen Westküste, besonders infolge der bereits gelungenen Festsetzung der mexikanischen Gestaden, die für Japan begehrteste Inselgruppe des ganzen Ozeans. Ist sie doch, ganz abgesehen davon, daß ihre eingewanderte Bevölkerung überwiegend aus Japanern besteht\*) und ihre Angliederung daher gemäß dem Rationalitätensgrundsatz notwendig oder doch wünschenswert erscheinen könnte, die einzig mögliche Etappe nach dem amerikanischen Festland. Wäre aber England im Besitze der Inselgruppe, so hätte es damit nicht nur die natürliche festeste Stütze seiner diagonalen Kraftlinie Kanada—Australien gewonnen, sondern auch gleichzeitig die der fraglos nach Eröffnung des Panamakanals wichtigste pazifische Wirtschaftsstraße Mittelamerika—Ostasien. Das Verhältnis Englands zur Union muß in Rücksicht auf diesen mittelpazifischen Brennpunkt mehr oder weniger stärkere Gegensätze zeitigen als im Hinblick auf den ostasiatischen, der vorerst noch im Vordergrund aller den Großen Ozean betreffenden Machtfragen steht.

Birzeit hat Japans offenkundige Gegnerschaft gegen jede fremde Einmischung in ostasiatische Machtfragen England notgedrungen in seiner pazifischen Politik mit der Union enger zusammengeführt als früher; es hat eine Schwenkung seiner Politik vollzogen, die schon in den Tagen der werdenden Einkreisung Deutschlands durch die letzte Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses von 1911, namentlich auf Australiens Druck hin, eingeleitet wurde. Der neue Zusatz, daß „die Verpflichtung zur Waffenhilfe ruhe, wenn Japan gegen eine Macht Krieg führt, die mit England einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen hat“, nahm dem Bündnis, das ursprünglich neben einer russischen Einschüchterung nicht mit Unrecht auch als gegen die Union gerichtet angesehen wurde, die gegen die Bundesrepublik gekehrte Spitze. Das weiß man natürlich nirgends besser als in Japan, dessen ganze Politik seitdem selbstherrlicher denn je mit Rußland vereint jedem westeuropäischen, vor allem jedem englischen Auftreten in Ostasien gegenüber sich gebärdet. Die englische Sinneigung fand erst nach dem nichts weniger

\*) 1910 waren unter den 208 000 Bewohnern: Japaner 79 670 = 38 Prozent, Chinesen 21 670 = 10 Prozent, Weiße 28 533, meist Portugiesen, nur 3090 Amerikaner; Rest Eingeborene und Mischlinge.

als englandfreundlichen Taft ein offenes Entgegenkommen in Amerika, seit Wilson (1913) die Geschichte der Union in die Hand nahm; aber die genugsam erkannte Doppelzüngigkeit des Präsidenten scheint doch auch England einen Streich gespielt zu haben; denn wenn die Meldung auch nur ein Körnchen Wahrheit enthielte, daß neuestens „Japan seine politischen Ziele im Stillen Ozean aufgeben“ und dafür „die Vormachtstellung in Ostasien zugesichert erhielt“ (Zeitschrift „Dai Nippon“), so würde das für die englische Politik ein Schlag ins Gesicht sein, den ihm sein vermeintlich treuester Freund aus Furcht vor einem japanischen Rückenstoß erteilt. Den gleichen Sinn nur können dann die Verhandlungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten über eine Unterstützung Rußlands und die jüngsten japanisch-amerikanischen Hymnen auf „eine neue Ära der amerikanisch-japanischen Freundschaft“ haben. Ein solches Zurückdrängen der japanischen, seewärts drängenden Erweiterungsgelüste muß notwendigerweise eine Ausweitung der japanischen Macht nach einer anderen Richtung auslösen. Sie könnte neben der Mandschurei und Nordchina, die ohnedies schon als japanisches Einflußgebiet beansprucht werden, sich nur auf Südchina und die ostindische Inselwelt richten und so den Stoß, den England mit Amerikas Hilfe gegen Japan zu führen hoffte, ins eigene Herz, in das „Indiameerreich“, zurücksnellen lassen. Trifft die Meldung zu, so ist es kaum ein Zufall, wenn gerade jetzt wieder die Nachricht von 1907 über den Verzicht auf die Philippinen „zugunsten ihrer Selbständigkeit“ von neuem auftaucht.

Diese jüngste, rätselhafte Entwicklung der pazifischen Machtfragen, die klar zu erkennen wir noch gänzlich außerstande sind, die aber doch einen gewissen politischen Gegensatz der Union zu England nicht verhüllen kann, scheint eine seltsame Bestätigung zu erfahren durch die Vorgänge, die sich im atlantischen Gebiete der Vereinigten Staaten abspielen, soweit sie das Verhältnis der beiden angelsächsischen Mächte berühren. Wenn auch nirgends eine klare, bestimmte Nachricht uns erreicht hat, so lassen doch die Meldungen in Verbindung mit den tatsächlichen Ereignissen Schlüsse zu, die sich in der gleichen Richtung bewegen, d. h. die das Vorhandensein eines englisch-amerikanischen Machtgegensatzes ahnen lassen.

Der treibende Teil ist heute durchaus die Union. Das bedeutet eine völlige Umkehr des bisherigen Verhältnisses. Noch die Streitigkeiten beider Mächte in der Frage des Mittelamerikanischen Kanals seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bis in das erste Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts sahen durchaus England als den führenden Teil. Aber bereits um 1910 tritt eine deutliche Wandlung ein, die das Verhältnis in das Gegenteil zu kehren beginnt. Sie wird eingeleitet durch die Niederlage, die England durch die Unmöglichkeit der Aufhebung der Taftschen Botschaft (1911) erleidet, welche die ursprünglich festgesetzte Gleichberechtigung aller Schifffahrt treibenden Nationen im Panamakanal aufhebt. Weder der Sicherungszug Englands in Kolumbien (1912), der eine südliche Bedrohung des Panamakanals bedeutet, noch die seit 1913 neu erstehende Flottenbasis ersten Ranges auf den Bermudas vor den Haupttoren der Union\*) können die Tatsache aus der Welt schaffen, daß England in den Vereinigten Staaten seinen politischen Meister gefunden hat. Seit Beginn des großen Krieges hat diese Richtung der amerikanischen Politik ganz überraschende Fortschritte gemacht.

\*) „Grenzboten“, 74. Jahrgang, Nr. 37, 15. September 1915, S. 325/26.

Die Vereinigten Staaten nahmen im Februar 1916 den alten Plan des Nicaragua-planes wieder auf, indem sie einen neuen Vertrag mit der Republik schlossen. Er sichert ihnen das alleinige Recht des Kanalbaues und einen Flottenstützpunkt an der einst von England sehnlichst begehrten westlichen Fonzecabucht, von der bereits 1850 der damalige amerikanische Vertreter erklärte, daß „ihr Besitz eine große Seemacht in den Stand setzen würde, über den Handel des ganzen westlichen Teiles des Festlandes zu gebieten.“ Zweitens wurde etwa gleichzeitig ein Abkommen mit Haiti getroffen, das die Insel-Republik völlig von der Union abhängig macht. Ende 1916 bildet der Erwerb Dänisch-Westindiens, mit dem die Bundesrepublik möglicherweise den englischen Wünschen zuvorkam, eine neue Stärkung der westindischen Machtstellung der Vereinigten Staaten. Seine neuerdings beschlossene Befestigung macht es als den am meisten nach Nordosten vorgeschobenen Posten nahe der von Europa kommenden britisch-mittelatlantischen Kraftlinie zu einem „amerikanischen Gibraltar“, das in der gleichfalls beschlossenen Befestigung der Straße zwischen Cuba und Haiti für die von Norden ins amerikanische Mittelmeer einlaufende Kraftlinie der Vereinigten Staaten eine neue starke Seitenstütze findet. Und wenn endlich in der Union in den letzten Monaten die Frage eines Ankaufs auch von Niederländisch-Westindien angeschnitten wird, so läßt diese Tatsache die Zielrichtung der jungen imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten nur in um so hellerem Lichte erscheinen, die jeden fremden, vor allem jeden englischen Einfluß in Mittelamerika zu bekämpfen bestrebt ist.

Man betrachte die Karte, um zu erkennen, was das heißt: die Vereinigten Staaten sind nunmehr im Besitz eines von Florida aus nahezu das ganze amerikanische Mittelmeer abschließenden Machtbollwerkes, das sich schützend gegen Osten stemmt und eine Sperrlinie vor das Mittelmeer legt, die die äußere englische Postenkette von den Bermudas über die Bahama und kleinen Antillen bis Guayana entwertet und Jamaika im Innern des Beckens völlig isoliert, eine Isolierung, die nach Verwirklichung der jüngsten Wünsche auf Niederländisch-Westindien auch von Süden her erreicht wäre. Das bereits 1780 gesprochene Wort eines Amerikaners: „Die westindischen Inseln müssen im Laufe der Zeit Teile eines großen amerikanischen Reiches werden“ und das andere des Präsidenten Jefferson von 1823: „Die Beherrschung des Golfes, der angrenzenden Länder und der Landenge würde das Maß unseres politischen Wohlbefindens vollmachen,“ scheint sich zu erfüllen.

England hat einen Gegenzug bisher nicht gefunden. Aber es ist immerhin beachtenswert, daß die Aufmerksamkeit militärischer Kreise auf diese Vorgänge sofort hervorgerufen wurde, wie der Inhalt eines von Lord Northcliffe beeinflussten Leitartikels der „Times“ vom 14. März 1917 beweist, der nichts mehr und nichts weniger fordert, als eine politische Union Kanadas, Neufundlands und Britisch-Westindiens, die „aus politischen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen durchaus notwendig“ sei. Die Ausführung eines solchen Vorschlages wäre immerhin ein starker Gegenzug, aber er dürfte angesichts der in jüngster Zeit gelegentlich der Behauptungsverhandlungen von neuem erkennbaren unklaren Haltung Kanadas zum Mutterlande doch kaum noch zu einem vollen Erfolg führen. Kanada ist nun einmal durch wirtschaftliche Bande auf Grund seiner geographischen Lage, die ihm eine breite, offene Grenze mit der Union verleiht, mit den

Vereinigten Staaten weit enger verknüpft als mit dem Mutterland, und es ist kaum zu erwarten, daß England diesen wirtschaftlichen Vorsprung der Union in Kanada wieder einholen kann. Darauf deutet neben einer immer mehr sich steigenden Einwanderung aus den Vereinigten Staaten, die namentlich den noch siedlungsbedürftigen Westen Kanadas bevorzugt, die sehr starke wirtschaftliche Abhängigkeit des Dominion von der Union; denn deren Einfuhr übertrifft die englische fast um das Dreifache, während die kanadische Ausfuhr nach der Union nicht sehr stark hinter der zum Mutterland zurückbleibt. Dazu kommt der 1911 zwischen beiden Nachbarstaaten geschlossene Handelsvertrag, der den Amerikanern das weiteste Feld wirtschaftlicher Betätigung in Kanada einräumt.

Selbst politisch droht dem Tochterlande Großbritanniens eine Umklammerung seitens der Vereinigten Staaten. Im Westen ist sie schon seit 1867 durch die Besetzung Alaskas fast vollständig vollzogen, indem Kanada nur eine Seeküste über sechs Breitengrade verblieb. Sie wurde erheblich verstärkt, als die Union seit dem Eintritt in die imperialistische Politik starke Flottenstützpunkte in Sitka an der Nordküste Südalaskas und auf der östlichsten Alutkeninsel Unalaska errichtete, die gleichzeitig einen immerhin starken Norddruck auf die diagonale britische Kraftlinie Kanada-Australien auszuüben vermögen. Neuestens lassen sich nun auch wieder gewichtige amerikanische Stimmen hören, die auch im Osten Kanadas einen Stützpunkt fordern, indem sie eine Besetzung Grönlands verfechten. Peary z. B. schreibt in den „New-York-Times“ 1916 u. a.: „Grönland wird in unsern Händen eine wichtige Flieger- und Flottenstation werden können. Deshalb sollte Amerika nicht eine Flottenstation in dem nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans anlegen können? Kap Farewell auf Grönland (die Südspitze) liegt nur ein kleines Stück nördlicher als Sitka. Grönland wird für Amerika von größter defensiver Bedeutung sein können. In den Händen unserer Feinde würde Grönland eine ernste Drohung bedeuten“. Wenn darin auch, in vielleicht absichtlicher Verkennung der geographisch ungünstigeren Lage der Südspitze Grönlands\*), der Mund etwas voll genommen ist, so würde doch zweifellos der Übergang Grönlands in Amerikas Hände eine Drohung bedeuten — und zwar für England. Denn wer anders sollten die „Feinde“ sein, die ein Interesse hätten, sich auf Grönlands Südspitze nahe vor dem Osten der Union festzusetzen?

Das Verhältnis der beiden angelsächsischen Reiche ist äußerlich sehr herzlich und freundschaftlich. Aber es läßt sich doch die Vermutung kaum unterdrücken, daß Amerika durch sein Eingreifen in den Krieg in erster Linie eine Schwächung Englands infolge der Kriegsverlängerung herbeizuführen wünscht. Der zweifellos nach dem Kriege in ungeheurem Maßstabe einsetzende wirtschaftliche Aufschwung der Vereinigten Staaten, denen auch England als Schuldner mit untertan sein wird, wird das begonnene Werk der politischen Vormachtstellung der Union auf der Westhalbkugel krönen. Die Hereinzerrung mittel- und südamerikanischer Staaten in den Krieg, die dem Panamerikanismus neuen Boden gewann, und die riesigen Anstrengungen, die die Union durch Abgrabung des Handels- und Finanzwesens in Südamerika mit Erfolg gemacht hat, lassen die Erreichung dieses Zieles nur um so sicherer erscheinen.

\*) Grönland hat echt polaren Charakter, die Südwestküste Alaskas dagegen gehört zu den Ländern vom westeuropäischen Typus.

Eine neue Weltmacht aber, der es gelingt, das ganze amerikanische Festland sich anzugliedern oder doch seinem politischen Willen zu beugen, würde nichts anderes bedeuten als eine Sprengung des Ringes, den die britische Weltmacht um die Erde gelegt hat. Erweisen sich dazu die bisher reichlich unklaren Meldungen über eine gewisse Vertraulichkeit der beiden pazifischen Mächte und über ein amerikanisches Zugeständnis der freien Hand in Ostasien an Japan als den Tatsachen entsprechend, so würde das einer Sprengung britischer Weltumklammerung an einer zweiten Stelle des britischen Weltreiches gleichkommen. England, auf die alte Welt angewiesen, würde als die „mittlere Weltmacht“ eine „westliche“ — amerikanische — und eine „östliche“ — japanische — dulden müssen. Würde dann noch ein starkes Mitteleuropa auf die „mittlere Weltmacht“ einen dauernd wirkenden, rückwärtigen Druck ausüben können, so wäre das Weltgleichgewicht zwar nicht wieder hergestellt, aber der Beginn einer von englischer Knebelung befreiten Entwicklung aller Großmächte wäre damit hereingebrochen und die Freiheit der Völker und Meere eher verbürgt als unter den gegenwärtigen Zuständen. So laut England jetzt nach der Hilfe der Vereinigten Staaten und Japans schreit: es wird von ihnen niemals die anfänglich erwartete Unterstützung seiner selbstsüchtigen Pläne mehr finden, es wird die einmal begonnene Entwicklung der politischen Machtverhältnisse in der Westhalbkugel und ihren Meeren kaum wieder aufhalten können, es wird vielmehr mit Schrecken vielleicht erfahren, daß es die Geister, die es rief, schwerlich wieder wird bannen können.



## Neue Bücher zum Reformationsjubiläum 1917.

Zur Feier des Reformationsjubiläums haben sich, dem Geiste des Protestantismus entsprechend, Stimmen aus den verschiedensten Volkskreisen erhoben, die jede in ihrer Weise Luthers Tat loben wollen. Die ganze Stufenfolge von strengster Wissenschaftlichkeit bis zur wohlgemeinten naiven Begeisterung findet sich in der Lutherliteratur dieses Gedenkjahres. Neben dem, was Berufenen und Unberufenen sich auf die Lippen drängte, ist erfreulicherweise Luther selbst zu Worte gekommen. Während die große Weimarer Gesamtausgabe der Werke Luthers, deren erster Band anlässlich des vierhundertjährigen Geburtstages Luthers 1883 erschien, ihren Fortgang nimmt, bietet das Bibliographische Institut in Leipzig eine Auswahl seiner Schriften in drei hübschen Bänden, die gebunden 8 M. 10 Pf. kosten. Sie gehören der Sammlung „Meyers Klassiker-Ausgaben“ an und bieten, wie die anderen Teile dieser Sammlung, Zuverlässiges und Gutes, freilich lassen sie auch manches Bedeutsame vermissen, was in einer Volksausgabe seine Stelle hätte finden müssen. Der Text ist von Arnold C. Berger kritisch durchgesehen und erläutert. Er ist in der Ursprache wiedergegeben und bietet daher dem sprachgeschichtlich ungeschulten Leser einige Schwierigkeiten, aber der Herausgeber kommt dem Verständnis mit Anmerkungen und einem Wörterverzeichnis zu Hilfe. Der Wunsch Luthers, daß seine Bücher das Jahrhundert, dem sie gedient haben, nicht überdauern mögen, da Gott zu anderen Zeiten auch